

Weiterbildungsforum der gymnasialen kantonbernischen Fachschaft Geschichte 2022:
Organisierte Willkür, Administrative Versorgungen in der Schweiz 1930 – 1981
Ein Kapitel moderner Gesellschaftsgeschichte der Schweiz

Veranstaltung 1:

Donnerstag 5. Mai 2022, 18.15 – 20.15 Uhr, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern, Raum folgt!

Alltag unter Zwang: Administrative Versorgungen zwischen Anstaltsinternierung und Entlassung

Referentin:

Loretta Seglias, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Departement Geschichte der Uni Basel, Freischaffende Historikerin, Kommissionsmitglied und Forschungsleiterin der UEK Administrative Versorgungen.

Alltag unter Zwang – Anspruch und Realität administrativer Internierungen

Mit dem vorübergehenden Ausschluss aus der Gesellschaft kam der administrativen Internierung vordergründig die Aufgabe zu, Betroffene «nachzuerziehen», um sie an ein arbeitsames und moralisch unauffälliges Leben zu gewöhnen. Handlungsleitend waren bürgerliche Werte und Normen, die in der Schweiz bis weit ins 20. Jahrhundert hinein von einer hierarchisch organisierten Gesellschaftsordnung mit einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und einer Undurchlässigkeit gesellschaftlicher «Schichten» dominiert waren. Administrative Internierungen waren damit in erster Linie ein Mittel der Sicherung geltender Gesellschaftsstrukturen. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts waren, im Rahmen des gesellschaftlichen Aufbruchs verstärkt Jugendliche von entsprechenden Massnahmen betroffen. Die angestrebte gesellschaftliche Integration liess das Wohlergehen Einzelner oftmals ausser Acht und führte bei vielen Betroffenen zu Stigmatisierungen und Traumatisierungen. Gleichzeitig endete der behördliche Zugriff auf eine Person nach einem Anstaltsaufenthalt nicht immer.

Die Praxis der administrativen Internierung und anderer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen ermöglicht die Sichtbarmachung komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge und Wirkungsweisen und ermöglicht es an die aktuelle Diskussion über die Frage, wie weit wir als Gesellschaft bereit sind, den Rahmen der «Normalität» zu setzen, anzuknüpfen.

Referentin und Zeitzeugin:

Dr. h.c. Ursula Biondi, Informatikerin, Buchautorin, Trägerin des Prix Courage, Betroffene von administrativen Versorgungen, langjährige, engagierte Kämpferin für die Rehabilitation administrativ versorgter Menschen, Mitbegründerin der 2010 gegründeten IG «Administrativ Versorgte», die dann durch den Verein «Ravia 1942–1983» abgelöst wird.

Aufgezwungene Schicksale in einem perfiden Aussortierungssystem»

Das Unrecht und die Auswirkungen der damaligen Behördenwillkür sind verheerend. Der Staat hat Jugendliche nicht nur in Pseudo-Erziehungsanstalten bzw. "Arbeitserziehungs-/Strafanstalten" weggesperrt und systematisch weggeschaut, was mit ihnen darin geschah. Er hat sie nach der Entlassung mit den in den Strafanstalten erlittenen Traumata und danach mit der Stigmatisierung und dem Spott, im Gefängnis gewesen zu sein, auch noch im Stich gelassen. Viele der überlebenden Betroffenen leiden noch heute unter posttraumatischen Belastungssymptomen und haben schwere psychische und physische Leiden davongetragen, von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung ganz zu schweigen.

Anmeldung über diesen link:

www.phbern.ch/22.172.911.01

Weiterbildungsforum der gymnasialen kantonbernischen Fachschaft Geschichte 2022:
Organisierte Willkür, Administrative Versorgungen in der Schweiz 1930 – 1981
Ein Kapitel moderner Gesellschaftsgeschichte der Schweiz

Veranstaltung 2:

Donnerstag 12. Mai 2022, 18.15–20.15 Uhr, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern, Raum folgt!

Ordnung, Moral und Zwang. Administrative Versorgungen und Behördenpraxis

Referentin

Sara Galle, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz und von 2016 bis 2018 Forschungsleiterin der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgungen.

Der Bundesrat beauftragte 2014 eine von ihm ernannte Unabhängige Expertenkommission, die Geschichte der administrativen Versorgungen vor 1981 in der Schweiz aufzuarbeiten. Die Referentin gehörte dem von der Kommission eingesetzten Forschungsteam an, das von 2016 bis 2018 die von Verwaltungsbehörden angeordneten Zwangseinweisungen in geschlossene Anstalten untersuchte.

Das Referat stellt die Praxis der Behörden ins Zentrum. Die Versorgungsverfahren waren weitgehend schriftliche Verfahren. Die von den Freiheitsentziehungen betroffenen Personen hatten meist keine Einsicht in ihre Akten und konnten sich in der Regel nur in den Anhörungen zu den vorgebrachten Anschuldigungen äussern. Die unbestimmten Rechtsbegriffe wie «lasterhafter Lebenswandel» oder «Trunksucht» wurden von den Behörden breit ausgelegt und hatten auch nach 1981 noch Bestand im Schweizerischen Zivilgesetzbuch.

Was bedeuten die Forschungsergebnisse für den modernen Rechts- und Verfassungsstaat? Was sagen sie über das gesellschaftliche Zusammenleben aus? Welche Normen und Werte kennzeichnen die stigmatisierenden Rechtsbegriffe? Warum hatten sie so lange Bestand? Welche Konsequenzen hatten sie für die von den Behörden in Anstalten eingewiesenen Personen? Diesen Fragen geht das Referat anhand von konkreten Beispielen nach, die in der Diskussion wieder aufgegriffen werden können.

Referent und Zeitzeuge:

Sergio Devecchi, Betroffener von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, ehemaliger Heimleiter. Vielfältiges Engagement für die Wiedergutmachung an den Opfern von administrativen Versorgungen und fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.

Im Leben vieler Opfer von administrativen Versorgungen und fürsorgerischen Zwangsmassnahmen spielte und spielt auch heute noch die Behördenpraxis eine existenziell wichtige Rolle. Die Forschungsergebnisse der UEK legen diese Behördenpraxis und Behördenwillkür von damals detailliert offen.

Der Referent, selber ein Opfer von behördlicher Willkür, schildert in seinem Vortrag die Erfahrungen, die er mit staatlichen und kirchlichen Institutionen gemacht hat. Sei es als Kind, das über 16 Jahre in Heimen herumgeschoben wurde, sei es als Heimleiter, der beruflich fast täglich mit Behörden zu tun hatte.

Wie ist er selber als Betroffener damit umgegangen, bzw. wie hat es ihn geprägt? Hat er während seiner langjährigen beruflichen Laufbahn einen Wandel der Behördenpraxis in der Schweiz festgestellt? Wenn ja, in welche Richtung?

Anmeldung über diesen link

www.phbern.ch/22.172.912.01